

Redebeitrag von Dr. Claudius Moseler (Fraktionsvorsitzender ÖDP/Freie Wähler) zum Ampel-Antrag „Kommunaler Entschuldungsfonds“, Stadtratssitzung vom 14.12.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Finanzdezernent,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir heute den Antrag von Grünen, SPD und FDP betrachten, so fällt mir der alte Spruch ein: Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet. Dieses Papier hat so viele Mängel und ist außerdem politisch völlig unausgewogen. Unsere Fraktion ÖDP/Freie Wähler kann und wird in dieser Form nicht zustimmen.

Offenbar war es auch nicht der Wille der Koalition, die Oppositionsfraktionen in eine grundlegende transparente Debatte einzubinden. Aber Transparenz? Fehlanzeige! Aus diesem eigenbrödlerischen Gehabe der Ampelkoalitionen ist ein Sammelsurium an Luftbuchungen entstanden: Die Ampel schreibt sich Geschenke der Landes- und Bundespolitik auf die eigenen Fahnen und glänzt ansonsten mit den üblichen Grausamkeiten.

Heute frage ich mich: Wozu wurde im Vorfeld eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe Entschuldungsfonds eingerichtet? Wie vereinbart hat unsere Fraktion dort unsere Sparvorschläge eingereicht, die kurz-, mittel- oder langfristig greifen sollten. Sparen ist nötig, um nicht den kommenden Generationen einen Schuldenberg zu hinterlassen. Ich glaube, dass wir uns da einig sind. Die Frage ist aber: WIE? Wir werden sicherlich weitere Einschnitte machen müssen, aber es sollten dabei die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Immer wieder hatten wir auch eingefordert, dass die Dezernate ihre Stellungnahmen abgeben, um weitere sinnvolle oder mögliche Sparmaßnahmen prüfen zu können. Offenbar sind aber die neuen Dezernenten nicht bereit, sich mit eigenen Vorschlägen, an der Konsolidierung zu beteiligen. Da war man schon mit „Listen der Grausamkeiten“ bei Kurt Merkator wesentlich weiter. Es ist ohnehin bezeichnend, dass die Beigeordneten immer wieder bei diesem Thema Entschuldungsfonds politisch in Deckung gehen.

Als die Ampel-Koalition Anfang November ihre Sparvorschläge der Presse vorstellte, haben wir übrigens ein paar Tage über die Frage gerätselt, wann das Papier endlich offiziell an die Fraktionen geht: Heute wissen wir: Die Ampel hielt es gar nicht für notwendig ihre Ratskollegen, über das frisch geschnürte Sparpaket zu informieren. Stattdessen durften wir uns die Pressemeldung von Grünen, SPD und FDP nebst den Einsparvorschlägen aus einem städtischen Mitarbeiter Rundschreiben ziehen, das von Herrn Rausch, einem Amtsleiter, per Mail an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschickt wurde.

Meine Damen und Herren, wo ist denn hier die Trennung zwischen Verwaltung und Politik geblieben? Seit wann verschickt die Verwaltung Pressemeldungen von Fraktionen und Parteien? Ist das Ihr angekündigter neuer Politikstil?

An sich ist das schon ein einmaliger Vorgang! Aber es kommt noch dicker: heute liegt zu den Sparvorschlägen nicht etwa eine Verwaltungsvorlage vor, sondern „nur“ ein klassischer Ratsantrag der Ampel-Fraktionen!

Meine Damen und Herren,
ich hatte mir gewünscht, dass wir die Sparvorschläge der Ampel auch in der AG Entschuldungsfond diskutiert hätten. Sie hätten damit sich selbst viel Ärger und den Mainzerinnen und Mainzern einige Aufregung ersparen können: Zum Beispiel über die Stadtbibliothek, die Ortsverwaltungen und die Hundesteuer. Sie haben sich mit Ihrer Ignoranz peinliche Nachbesserungen an Ihrem Papier eingehandelt. Und: Die Ampel-Koalition führt die Traditionen des Mainzer Modells weiter – fehlende Transparenz und kein Dialog mit der Opposition in wichtigen Sachfragen.

Diesen Vorwurf müssen Sie sich heute hier leider gefallen lassen.

Auch wenn sich die Beigeordneten aus der offensiven Diskussion um das nötige Sparpaket herausgehalten haben, trägt dieses Papier die Handschrift unseres Finanzdezernenten Günter Beck. Ich erinnere an seine Aussage im Kontext mit Lagerbeständen des Naturhistorischen Museums – damals noch im Dalberger Hof: „Die Lagerung von wissenschaftlichen Exponaten sei keine kommunale Aufgabe.“ (MRZ vom 12.05.2007) Das vorliegende Papier kann daher aus unserer Sicht nur von einer enormen politischen Schiefelage geprägt sein.

Aber nun ist das Kind in den Brunnen gefallen und wir müssen uns die unausgegorenen Einsparvorschläge vornehmen. Und das will ich gerne mit Ihnen gemeinsam tun:

Da haben wir zunächst den ganzen Block an sogenannten „Einsparungen“, die sich aus neuen landes- oder bundesgesetzlichen Regelungen ergeben oder wo die Beschlüsse bereits vorliegen und es fraglich ist, ob diese überhaupt von der ADD und den Ministerien anerkannt werden. Konkret bedeutet das: Die 9,6 Millionen Euro Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel sind keine Einsparung, die aktiv von uns beschlossen werden kann und im schlimmsten Fall fällt sie sogar ganz aus Ihrem Sparpaket heraus. Ich sage es noch einmal deutlich: Eine Seifenblase in Höhe von 9,6 Millionen Euro – wenn diese platzt, fällt ein gewaltiger Brocken aus dem geplanten Einsparvolumen von insgesamt 24 Mio. Euro. Die „Notreserve“ ist damit schon fast aufgebraucht.

Aber schweben wir doch einfach mal weiter in den Sphären der Ampelkoalition. SPD, Grünen und FDP haben dabei eine ganze Menge „Luftbuchungen“ im Sparpaket: Zum Beispiel die Übernahme der Verluste von CCM und Frankfurter Hof durch die ZBM. Wir reden hier von 1,1 bzw. 0,75 Millionen Euro. Rechte Tasche, linke Tasche, wir bleiben doch im Konzern Stadt. Das ist doch keine Einsparung! Dann rechnet sich die Ampel noch mit einer jährlichen Dividende der Sparkasse in Höhe von 230.000 Euro froh. Liegt hierzu überhaupt eine Bereitschaft vor?

Wir sollten aber auch bei kleineren Beträgen genauer hinschauen: 100.000 Euro Einsparung im Wirtschaftsdezernat. Ja, aber wo und was? Eine Konkretisierung wäre sicherlich sinnvoll. Und kann man dem Landkreis Mainz-Bingen für die Kostenbeteiligung an der Feuerwehrleitstelle wirklich noch 351.000 und dann jährlich 117.000 Euro abknöpfen. Ist das

bereits geregelt? Es gäbe sicherlich viele interkommunale Projekte, die man mit den benachbarten Kommunen, sei es nun dem Landkreis Mainz-Bingen oder der Stadt Wiesbaden, auf den Weg bringen könnte. Ich kann hier nur wieder einmal den politischen Willen nicht erkennen.

Außerdem wird an einer Stelle die Erhöhung der Gewerbesteuer prognostiziert. Wenn der Stadtvorstand, allen voran Wirtschaftsdezernent Christopher Sitte, allerdings die Taktik fährt, ein ECE-Center mit 30.000 qm anzusiedeln, dann sollten Sie jetzt schon mal die Verluste beim klein- und mittelständischen Einzelhandel gegenrechnen und massive Gewerbesteuerausfälle einplanen.

Kommen wir zu den Steuererhöhungen: Die Einführung der Kultur- und Tourismusabgabe (die allerdings nicht zur Deckung von Haushaltslücken und Entschuldungsfonds vorgesehen war) sowie die Erhöhung der Vergnügungssteuer sind aus Sicht von ÖDP/Freien Wählern in Ordnung. Beides hat unsere Fraktion immer wieder gefordert und auch in Anträgen formuliert. Sozial unangemessen ist die Erhöhung der Hundesteuer von zunächst 120 auf 220 Euro für den ersten Hund bzw. ein plus von 100 Euro pro Hund. Vor allem für ältere Menschen! Hinzu kommt das Problem, dass dann immer mehr Fundtiere im Tierheim abgegeben werden. Die Bezuschussung des Tierheims ist aber letztlich wieder eine kommunale Pflichtaufgabe, denn die Stadt ist für die Fundtiere verantwortlich.

Umgekippt ist nun die FDP bei der Erhöhung der Grundsteuer B um 40 Punkte zulasten aller Mieter und Eigentümer. Die Liberalen haben gesagt, dass sie diesen Kompromiss nur eingehen werden, wenn entscheidende Sparmaßnahmen im Haushalt greifen. Die Gegenleistung, dass wirklich im Haushalt gespart wird, ist nicht wirklich erkennbar, wenn man einmal vom Kahlschlag in der Stadtbibliothek absieht. Viele Bereiche und heilige Kühe im städtischen Gesamthaushalt bleiben leider ein Tabu, z.B. die Einsparung einer hauptamtlichen Dezernentenstelle, die ja von der Ampel wieder rückgängig gemacht wurde.

Im Gegenteil: Wichtige Dienstleistungen und Einrichtungen sollen hier von der Ampel zerschlagen werden:

Wo bleiben Bürgernahe und Demokratie, wenn zunächst drei Ortsverwaltungen geschlossen werden sollten und auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzichtet werden sollte, die das Sitzungsprotokoll der Ortsbeiratssitzungen erstellen? Dann kamen die Ortsvorsteher mit eigenen Vorschlägen. Ich möchte heute allerdings klarstellen, dass diese Vorschläge NICHT überparteilich sind, wie es in der Presse immer wieder heißt. Unsere Fraktion war nicht bei der Erstellung dieses Sparpapiers in offiziellen Sitzungen eingebunden, obwohl wir drei stellv. Ortsvorsteher stellen. Trotzdem gehen diese Vorschläge in die richtige Richtung. Eine breite Diskussion in der AG Entschuldungsfonds hätte uns früher und weniger nervenaufreibend zu diesem Ergebnis führen können. Jetzt fehlen noch rund 24.000 Euro laut Ampel-Ergänzungsantrag: Vielleicht kann man mit den Gehaltserhöhungen der beiden Dezernenten unter Tagesordnungspunkt 16 diese Lücke decken? Auch wäre ich mit den Einsparoptionen bei den Aufwandsentschädigungen der stellvertretenden Ortsvorstehern auch als Betroffener einverstanden gewesen.

Ich frage als nächstes: Wie steht es um den Stellenwert der kulturellen Einrichtungen? Das alleine die Wissenschaftliche Stadtbibliothek und das Stadtarchiv den Hauptbrocken von 20

Stellenkürzungen zu tragen haben ist nicht in Ordnung und völlig unausgewogen. Und man kann sich nicht damit rausreden, Frau Beigeordnete Grosse, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung handelt. Es ist ein Skandal, dass hier an einer wichtigen Bildungseinrichtung gespart wird. Damit wird die Ampel ihren selbst gesteckten Zielen im Koalitionsvertrag bei weitem nicht gerecht. Die Rechtfertigungen des Grünen-Vertreter im Kulturausschuss, MdL Gunther Heinisch, zeigten dann auch nur die Hilflosigkeit und die Ideenlosigkeit die diesen „Sparvorschlag“ geboren hat. Meine Damen und Herren, dieser Schritt ist falsch und ein Stich ins kulturelle Herz der Stadt.

Es fehlt hier die wirkliche Aufgabenkritik an der gesamten städtischen Verwaltung, um Optimierungen in allen Bereichen zu schaffen. Da wäre der berühmt-berüchtigte „Rasermäher“ gerechter gewesen, dann hätten alle Ämter weitaus geringfügigere Einsparungen tragen müssen – die CDU hat ja einen solchen Ansatz in ihrem Änderungsantrag. Aus Sicht von ÖDP/Freie Wähler müssen alle Dezernate der Stadt Einsparungen tätigen. Und es muss auch überprüft werden, ob bei den sogenannten „Pflichtleistungen“ das Sparen insofern möglich ist, dass effizienter gewirtschaftet wird oder dass die Verschwendung von Steuermitteln verhindert wird. Als Beispiele nenne ich die Bereiche Beschaffung, Vergabe und Energieverbrauch in den kommunalen Liegenschaften.

Jedenfalls werden Sie nun die Stadtbibliothek handlungsunfähig machen, wenn die gesamten Anschaffungskosten für Literatur von 140.000 Euro auf die Stadtbücherei übertragen werden und dann dort halbiert werden. Wie soll sich da eine Bibliothek entwickeln? Eine Bibliothek ohne Neuanschaffungen – das ist doch ein schlechter Witz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich mache mir ja gar keine Illusionen, dass sie dieses mit viel Schweiß und Herzblut erstellte Papier heute noch grundlegend korrigieren. Aber mal sehen, was die ADD noch davon übrig lässt...

Tun Sie mir aber bitte einen Gefallen und lassen Sie Ihr Koalitionsversprechen nach mehr Transparenz zumindest bei den mit Sicherheit nötigen Nachkorrekturen für den Entschuldungsfond stärker walten.

Im Folgenden wird nunmehr mein Fraktionskollege Prof. Dr. Felix Leinen weitere Details beleuchten und dann auch noch einige Punkte vorstellen. Außerdem wird er unseren Änderungsantrag begründen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.
Dr. Claudius Moseler